

**Bezirksamtsvorlage Nr. 262**  
zur Beschlussfassung -  
für die Sitzung am Dienstag, dem .03.2023

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 0332/VI, Beschluss vom 21.06.2022 betrifft:

**Geflüchtete Menschen informieren!**

2. Berichtersteller:

Bezirksstadtrat Spallek

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft „Geflüchtete Menschen informieren!“ als Schlussbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.

II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird die Abteilung Soziales und Bürgerdienste beauftragt.

III. Veröffentlichung: ja

IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

a) Personalrat:

b) Frauenvertretung:

c) Schwerbehindertenvertretung:

d) Jugend- und Auszubildendenvertretung:

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

Keine

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz, da diese lediglich einen berichtenden Charakter besitzt.

10. Mitzeichnung(en):

keine

Bezirksstadtrat Spallek

Vorlage -zur Kenntnisnahme- über

### **Geflüchtete Menschen informieren!**

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 21.06.2022 folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 0332/VI):

Das Bezirksamt wird ersucht, ankommende Geflüchtete am Hauptbahnhof zu informieren und zu beraten, welche Ämter für sie zuständig und welche bürokratischen Schritte für die Registrierung notwendig sind. Diese Informationen müssen täglich, mehrsprachig (ukrainisch/russisch, englisch) und durch Mitarbeiter\*innen an einem Informationsstand garantiert werden. Außerdem soll eine Telefonnummer ausschließlich für Fragen und Anliegen zum Registrierungsablauf und zustehenden Leistungen in Mitte eingerichtet werden. Für Informationen außerhalb des Zuständigkeitsgebietes wird das Bezirksamt außerdem ersucht sich auf Landesebene für einen Informationsstand einzusetzen. Für die Finanzierung soll das Bezirksamt aktiv auf den Senat zugehen und diesen um Unterstützung bitten.

Das Bezirksamt hat am .03.2023 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Das „Willkommenszelt“ am Hauptbahnhof wurde abgebaut, und die Erstversorgung sowie Unterbringung von geflüchteten Personen aus der Ukraine erfolgt mittlerweile über das Ankunftszentrum in Tegel.

Das Bezirksamt berichtet daher in der Nachschau über die weitestgehende Umsetzung des obigen Ersuchens der Bezirksverordnetenversammlung durch einzelne Ämter.

Zunächst ist voranzustellen, dass die Zuständigkeit zur Schaffung und Bereitstellung von Unterkunftsplätzen und die Unterbringung von aus der Ukraine geflüchteten Personen nach §§ 22-24 Aufenthaltsgesetz beim Land Berlin und damit beim Landesamt für Flüchtlinge (LAF) liegt.

Das Land Berlin stellt auf seiner Homepage (<https://www.berlin.de/ukraine/>) umfassende Informationen, Angebote, Hilfen und Netzwerke für Geflüchtete aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende auch in ukrainischer Sprache zur Verfügung und finanziert verschiedene Projekte, die informieren, beraten und integrieren.

Eine Hotline ist geschaltet, die allgemeine Auskünfte zu Hilfsangeboten und Unterstützungsmöglichkeiten in den Sprachen Ukrainisch, Russisch, Deutsch und Englisch geben kann.

Grundsätzlich wird die mediale Kommunikation über den Senat gesteuert.

Das auf dem Washingtonplatz am Hauptbahnhof aufgebaute „Willkommenszelt“ bildete eine erste Hilfe-Infrastruktur, die neben den Mitarbeitenden des Landes Berlin hauptsächlich aus einem Netzwerk von Freiwilligen und caritativen Trägern bestand. Hier wurden die Geflüchteten u.a. mit Essen, Hygieneartikeln und Kleidung versorgt, verbrachten dort gegebenenfalls auch die Nacht und wurden durch russisch und ukrainisch sprechende Lotsen und Lotsinnen informiert sowie weitergeleitet.

Das Bezirksamt Mitte hat dort vor Ort einen wichtigen Anteil an der Hilfe-Infrastruktur geleistet.

Das Gesundheitsamt Mitte war mit einem Infostand im Willkommenszelt am Hauptbahnhof sowie einem eigenen Container am Eingang des Zeltes vertreten.

Folgende Leistungen wurden dort erbracht:

- Nachttesten auf Sars-Cov-2 (Virus RNA, keine Ag-Tests) von Verdachtspersonen vor Ort bei Bedarf (für Geflüchtete als auch Mitarbeitende der Versorgungsstruktur vor Ort)
- Koordination Unterbringung/ Transport zur Absonderung positiv getesteter Personen (in Kooperation mit dem LAF in die Buchholzerstr.)
- Aufklärung über aktuelle Infektionsschutzregelungen bezüglich Covid 19
- Verteilung von FFP2 Masken und Ag-Tests für Mitarbeitende der Versorgungsstruktur am Hauptbahnhof
- Beratung und Bereitstellung v. Informationen für Ankommende zu Angeboten des öffentlichen Gesundheitsdienstes (besonders Angebote der Zentren)
- Vermittlung Akteure vor Ort zu Stellen ins Bezirksamt (rote Karte für freiwillige Mitarbeitende der Stadtmission, Unterstützung von Allianz Ukrainischer Organisationen, EOTO und Tubman Network Kontakte zu Soz/ Jug/ IB)
- Das Gesundheitsamt hat den Einsatz vor Ort zum 01. Juli 2022 eingestellt, als die Struktur im Ankunftszentrum Tegel die Versorgung von Sars-Cov-2 Positiven übernommen hat und der Hauptbahnhof mehr und mehr nur Durchgang für die Ankommenden wurde. Es war aber noch bis zum Schluss Teil des Krisenstabs am Hauptbahnhof und hat in dieser Funktion die Akteure vor Ort über Infektionskrankheiten bzw. Umgang aufgeklärt (Tuberkulose, Masern, MPX und immer wieder Covid), Hygienepläne begleitet, die Integration weiterer Akteure angeleitet/ unterstützt (Mingru Jipen e.V./ Allianz Ukrainischer Organisationen)

Das Jugendamt war unmittelbar nach der Eröffnung des Willkommenszeltes der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) am Hauptbahnhof ganztägig mit 4 Kolleginnen des Kinderschutzteams, der Kinderschutzkoordinatorin sowie der Koordinatorin für Flüchtlingsfragen im Jugendamt vor Ort tätig, um die SenBJF und die von ihr beauftragte Berliner Stadtmission bei den Beratungen zu unterstützen.

Zu den Aufgaben gehörten:

- Familien „willkommen heißen“,
- Beratung,
- erste Orientierung zum Anmelde-und Verteilverfahren,
- Unterstützung bei der Organisation der Weiterreise (z.B. Wegebegleitung zum Ticketservice im HBH),
- Inaugenscheinnahme unbegleiteter Minderjähriger mit ggf. direkter Unterbringung.

Die Sprachmittlung wurde durch Stadtteilmütter, Integrationslots\*innen und Freiwillige des Trägers der Stadtmission sichergestellt.

Nach drei Tagen wurde die vorübergehende personelle Unterstützung durch die Fachkräfte des Jugendamtes nach Absprache mit SenBJF eingestellt. Auf die Erreichbarkeit des Kinderschutzteams im Bedarfsfall wurde hingewiesen.

Unterstützungs- und Beratungsleistungen waren dem Amt für Soziales im „Willkommenszelt“ am Hauptbahnhof nicht möglich, da angesichts des Ansturms der aus der Ukraine geflüchteten Personen das gesamte Personal zuzüglich der Unterstützungskräfte für die Sicherstellung der Versorgung mit Leistungen und Hilfen eingesetzt werden musste. Unterstützung und Beratung fand jedoch für Vorsprechende in jedem Einzelfall vor Ort in der zentralen Publikumssteuerung im Rathaus Wedding statt. Mit Beginn der Flüchtlingswelle wurden die Sprechzeiten der zentralen Publikumssteuerung ausgedehnt, ein weiterer Sprechtag hinzugenommen und spezielle Sprechzeiten für Geflüchtete aus der Ukraine vorgehalten.

In der zentralen Publikumssteuerung wurde die Anzahl der Mitarbeitenden erhöht und das Publikum oftmals bis in den späten Nachmittag hinein bedient. Darüber hinaus wurden Termine vergeben.

Für Beratungen zu allen Fragen des täglichen Lebens standen und stehen der Allgemeine Sozialdienst und der Sozialdienst der Sozialen Wohnhilfe mit Unterstützung von Sprachmittelnden zur Verfügung. Wegen des großen Andrangs wurde zwischenzeitlich die Kantine im Rathaus Wedding als Erstantragsstelle für Geflüchtete aus der Ukraine genutzt. Kolleg\*innen aus dem Familien-Service-Büros des Jugendamtes unterstützten dort zeitweise an 2 Tagen in der Woche bei der Beratung zu allen Fragen des Familienlebens.

Neben den allgemeinen Informationen zu wichtigen Anlaufstellen, die die Pressestelle in einem Flyer für die Geflüchteten aus der Ukraine zusammengestellt hat, hat das Amt für Soziales Unterlagen und Informationen zusammengetragen, die speziell die Leistungsgewährung betreffen. Zu finden sind diese unter dem Link:

<https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/amt-fuer-soziales/obdachlosenhilfe-leistungen-nach-dem-asylblg/artikel.1194306.php>

Auch ein Antrag auf Leistungen in ukrainischer Sprache kann heruntergeladen werden.

Verlinkt ist auf der Webseite des Bezirksamtes auch die Seite der Regierenden Bürgermeisterin von Berlin – Senatskanzlei - mit den dortigen Informationen für Geflüchtete aus der Ukraine (s. oben).

Das Büro für Partizipation und Integration stellt im Bereich des Willkommensbüros eine „Willkommensmappe“ mit allen wichtigen Anlaufstellen und Angeboten des Bezirksamtes zur Orientierung für Geflüchtete zur Verfügung, die mehrsprachig abrufbar ist unter:

<https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/beauftragte/integration/gefluechtete-menschen/artikel.807552.php>

Zusätzlich hat das Gesundheitsamt, als Vorbereitung auf die steigende Zahl an Geflüchteten aus der Ukraine, eine täglich besetzte telefonische Hotline (deutsch, ukrainisch, englisch) eingerichtet, die Zugang zu den Hilfsstrukturen und Angeboten im Bezirksamts zu erleichtern soll.

Weiterhin gibt es im Gesundheitsamt spezielle Sprechstunden im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, im Zentrum für sexuelle Gesundheit und in der Impfstelle.

Der Zugang zu den Hilfestrukturen im Jugendamt wird dezentral angeboten. Dafür wird u.a. die vom Gesundheitsamt geschaltete Hotline genutzt. Das Familienservicebüro dient als zentrale Anlaufstelle für alle Anfragen rund um das Thema Familie. Und auch die Tagesdienste der Regionalen Sozialpädagogischen Dienste sowie die Flüchtlingskoordination des Jugendamtes bieten Unterstützung und Information. Das Jugendamt nimmt an Informationsveranstaltungen teil, um die Familien und/oder deren Begleitung über die Angebote und Leistungen des Jugendamtes zu informieren und dadurch den Zugang zu diesen zu erleichtern.

Die Erziehungs- und Familienberatungsstelle des Jugendamtes (EFB) bietet psychologische Betreuung für ukrainische Geflüchtete an, und zwar in Abstimmung mit den Unterkunftsleitungen bei Bedarf auch mobil in Unterkünften.

Das Bezirksamt informiert und unterstützt aber nicht nur die geflüchteten Personen aus der Ukraine selbst, sondern auch die Personen, die diese bei sich zu Hause aufnehmen. Nähere Angaben dazu lassen sich im Bericht zur Drucksache 0338/VI finden. Im Übrigen verweist das Bezirksamt hinsichtlich der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Versorgung von geflüchteten Personen aus der Ukraine auf den Bericht zur Drucksache 0240/VI.

A) Rechtsgrundlage:

§ 13 i.V. mit § 36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz, da diese lediglich einen berichtenden Charakter besitzt.

Berlin, den .03.2023

Bezirksstadtrat Spallek

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

Beschluss-Nr.:

des Bezirksamtes Mitte von Berlin vom .03.2023  
(BA-Vorlage-Nr.: 262)

Einbringung einer Vorlage -zur Kenntnisnahme - bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 0332/VI, Beschluss vom 21.06.2022 betrifft:

### **Geflüchtete Menschen informieren!**

Beschlusstext:

- I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft „Geflüchtete Menschen informieren!“ als Schlussbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.
- II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird die Abteilung Soziales und Bürgerdienste beauftragt.
- III. Veröffentlichung: ja
- IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein
  - a) Personalrat:
  - b) Frauenvertretung:
  - c) Schwerbehindertenvertretung:
  - d) Jugend- und Auszubildendenvertretung:

Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung bitten wir der o. g. Vorlage zu entnehmen.

Bezirksstadtrat Spallek

Bezirksbürgermeisterin Remlinger